



Mehr Wissen.
Mehr Können.
Mehr Zukunft.

FREIE WÄHLER

Postvertriebsstück Nr.: 08837

Energiewende dezentral in Eigenverantwortung

Die Gemeinde Niederwinkling (Niederbayern, Landkreis Straubing-Bogen) verfolgt bereits seit Jahren die von den Freien Wählern geforderte dezentrale Energiewende mit der Neuerung der kommunalen Infrastruktur in Eigenregie und unter Inanspruchnahme aller staatlichen Rahmenbedingungen. Basis hierfür war vor 12 Jahren die Gründung eines eigenen Kommunalunternehmens, das federführend mit der Verwaltung der Kommune die anstehenden Aufgaben abarbeitet. Kernpunkt war hier die Komplettierung der Infrastruktur mit dem Bau eines Begegnungszentrums mit Praxen für die Gesundheitsvorsorge und einem Nahversorger, sowie einer Tagespflege mit betreutem Wohnen und der Errichtung von Wohnraum, teilweise auch mit Mitteln aus dem geförderten Wohnungsbau. Dies alles entstand auf dem Gelände einer Industriebrache (ehemalige Molkerei) in der Ortsmitte.

Die Gemeinde mit ihren 3000 Einwohnern nutzte diese Gelegenheit, um mit einem Biomasse betriebenen Heizwerk (Hackschnitzel) alle öffentlichen und kirchlichen Einrichtungen (Schule, Kinderkrippe, Kindergarten, Turnhalle, Bürgerhaus, Arztpraxen, Kirche, Pfarrheim und Pfarrhof) sowie die neu zu errichtenden Gebäude über ein Nahwärmenetz zu versorgen.

Die positiven Erfahrungen bestärken die Kommune diesen Weg weiter zu gehen. So wurde im Industrie- und Gewerbegebiet nahe der Autobahn A3 die vom Bayerischen Wirtschaftsministerium fördertechnisch begleitete DK Clean Energy angesiedelt, die mit einem Biomassedampfheizkraftwerk (Hackschnitzel) mit 10 Dampfmotoren Strom erzeugt und der Gemeinde anbot die Nahwärme in das öffentliche Netz einzuspeisen.

Die Interessensbekundung von über 400 Haushalten und 20 Gewerbebetrieben bestätigte die Gemeinde zur Durchführung einer vom Bund geförderten Machbarkeitsstudie, die auf den kompletten Hauptort mit neuem Baugebiet ausgelegt wurde. Um Synergieeffekte zu erzielen, wurde die Gesamtmaßnahme mit dem in Planung befindlichen Breitbandausbau (Glasfaser ins Haus) verknüpft, der nach dem bayerischen Förderprogramm als Betreibermodell im Eigenbau durchgeführt



Foto (v.l.n.r.): Christian Pfeffer, Vorstand Kommunalunternehmen Niederwinkling, Gerhard Duschl, Geschäftsführer DK Clean Energy, Hubert Aiwanger, MdL, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Ludwig Waas, 1. Bürgermeister der Gemeinde Niederwinkling und Robert Wagner, WB Bau, bei der Grundsteinlegung des Biomassedampfheizkraftwerkes im Februar 2023. Fotograf: Martin Pielmeier, Kommunalunternehmen Niederwinkling

wird. Die erforderlichen Genehmigungen liegen bereits vor. Das bestehende Biomasseheizwerk wird zusätzlich in die Maßnahme integriert. Die umfangreichen europäischen Ausschreibungsmaßnahmen, die bereits für die Planung notwendig waren, sind erfolgreich abgeschlossen. Die Ausschreibung wird derzeit für den Herbst 2023 vorbereitet.

Alle Beteiligten sind mit vollem Elan an der Umsetzung beteiligt, um den Bürgern mehr Lebensqualität bieten zu können. Rund 850 Hausanschlüsse mit Glasfaser innerorts und im Außenbereich sowie das zu erstellende Nahwärmenetz mit ca. 20 km Länge erfordern hierbei den engagierten Einsatz von Verwaltung und Kommunalunternehmen.

Die Kommune sowie das Kommunalunternehmen Niederwinkling haben sich als Ziel gesetzt, die Gesamtmaßnahme bis 2026 komplett umzusetzen und arbeiten deshalb mit allen beteiligten Planungsbüros mit Hochdruck daran, die Ausschreibungsunterlagen zu erstellen.

Niederwinkling ist überzeugt, mit optimalem Einsatz von staatlichen Mitteln und der in den letzten Jahren erreichten Steuerkraft, diese Mammutaufgabe mit rund 20 Mio. Euro Investitionen meistern zu können.

Die Gemeinde Niederwinkling setzt seit jeher auf Problemlösungen vor Ort und aktive Umsetzung in Eigenverantwortung. Die anstehende Energiewende, deren Umsetzung der Bund wieder „großzügigerweise“ in die Verantwortung der Kommune delegiert hat, sieht man deshalb mit Gelassenheit, da vor Ort wie auch in vielen anderen bayerischen Kommunen bereits seit Jahren an der Umsetzung gearbeitet wird.

Für die Gemeinde Niederwinkling ist das Wort Klimaschutz keine neu definierte Aufgabe, sondern sie versucht seit Jahren dieser Herausforderung gerecht zu werden. So wird z.B. das Brauchwasser des ehemaligen Molkereibrunnens für Freibad, Sportanlagen und Friedhof genutzt, um Trinkwasser zu sparen. Außerdem unterstützt die Gemeinde mit eigenen Konzepten die örtliche Landwirtschaft (Blühstreifen an Gemeindestraßen, sowie Mitteln für Waldpflege und -umbau). Weiterhin wurde das Freibad bereits vor 10 Jahren mit einer Absorberanlage für die Warmwasseraufbereitung ausgestattet.

Ludwig Waas
1. Bürgermeister
der Gemeinde Niederwinkling

INHALT

	Seite 1 Energiewende dezentral in Eigenverantwortung
	Seite 2 Pflege und Gesundheit
	Seite 2 Landesdelegiertenversammlung in Amberg
	Seite 3 Grüßwort Hubert Aiwanger
	Seite 4 + 5 Seminarkalender 2. Halbjahr 2023
	Seite 5 Kommunale Wärmeplanung
	Seite 6 Der „digitale Euro“
	Seite 8 Peter Meyer 60
	Seite 7 BKB ist Mitglied im IED
	Seite 7 GEMA-Ehrenamtschule
	Seite 8 Junge Menschen und Drogen

IMPRESSUM

Herausgeber: Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V., Berndorfer Str. 18, 95349 Thurnau, FW Landesverband und Landesvereinigung Freie Wähler Bayern e. V.
Druck: Offsetdruckerei W. Täuber, Inh. Volker Täuber, 95359 Kasendorf.

Liebe Leserin, lieber Leser, damit Sie der „FREIE WÄHLER“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband und Adresswechsel in die BKB-Geschäftsstelle, Berndorfer Str. 18, 95349 Thurnau; Telefon: 09228 9969566; Fax: 09228 9969567; E-Mail: geschaeftsstelle@bkb-bayern.de; Internet: www.bkb-bayern.de.

Eine Umbestellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des „FREIE WÄHLERS“ ist jederzeit über das Kontaktformular unter www.bkb-bayern.de möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden. Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie-Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München: info@fw-bayern.de mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins sowie Ihrer E-Mail-Adresse. Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich. Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, Berichte über Mitgliederversammlungen oder Geburtstage, veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i. d. R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion gerne unter E-Mail: geschaeftsstelle@bkb-bayern.de entgegen.

Pflege und Gesundheit sind zentrale Themen unserer Gesellschaft!

In Bayern leben aktuell rund 500.000 pflegebedürftige Menschen; die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Bei einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft und dem Anstieg der demenziellen Erkrankungen - aktuell in Bayern 240.000 - steigt der Pflegebedarf in den nächsten Jahren enorm an. Dabei sinkt durch den Fachkräftemangel in der Medizin und in den Gesundheitsfachberufen die Zahl der professionell Tätigen. Hinzu kommt, dass die Zahl der pflegenden Angehörigen steigen wird. Als Teil der informellen Pflege, sind An- und Zugehörige schon jetzt die tragenden Säulen des deutschen Pflegesystems. Hier sind finanzielle Verbesserungen dringend angezeigt. Auch die Wertschätzung innerhalb der Gesellschaft lässt zu wünschen übrig.

Es muss ein Umdenken stattfinden. Die Würde des Menschen, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten müssen im Mittelpunkt jedes verantwortlichen, politischen Handelns stehen! Die Gesundheit ist eines unserer höchsten Güter. Diese gilt es zu schützen. Deshalb kann es nur sinnvoll sein, die Gesundheits-, Pflege und Sozialpolitik mehr in den Fokus zu nehmen!

Welche Weichen sollten die FREIEN WÄHLER stellen?

Wir wünschen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen; Rentenpunkte sammeln oder frühere Berentung; die ersten 2000 Euro Verdienst müssen steuerfrei gestellt werden; Reform der Pflegeversicherung; Bürokratieabbau ohne Qualitätseinbußen; Wiedereinsteigerprogramme; Neustrukturierung der Arbeitsteilung (u.a. Akademisierung der Pflege und Heilkundeübertragung SGB V); 50+ Konzepte; mehr Pflegeforschung; Förderung der politischen Beteiligung von professionellen Gesundheitsberufen; betriebliche Gesundheitsförderung; leistungsrechtlich



im Bild v.l.: Karina Luginger (Niederbayern) und Julia Weindl (Oberbayern)

gesicherte Refinanzierung von Fort- und Weiterbildungen; neue Versorgungskonzepte und Weiterentwicklung ambulanter Versorgungsstrukturen; Umwandlung des Pflegegeldes in eine Art Lohnersatz, um u.a. der Altersarmut vorzubeugen, u.v.m.

Die Themen Pflege und Gesundheit sind laut Luginger und Weindl gesamtgesellschaftliche Aufgaben und nicht mehr singular zu betrachten! Es bedarf eines grundsätzlichen kulturellen Wandels, der mehr Vertrauen in die professionelle Praxis (u.a. Sorgearbeit Pflege) und damit auch eine gesellschaftliche Wertschätzung zum Ausdruck bringt!

Karina Luginger gehört mit den Themen Gesundheit, Soziales und Pflege als Vorsitzende dem FW-Bundesfachausschuss an. Frau Julia Weindl vertritt die gleichen Themen im FW-Landesarbeitskreis.

Karina Luginger/Julia Weindl

BKB - in eigener Sache:

Landesdelegiertenversammlung und Wahl zum Landesschiedsgericht der FREIEN WÄHLER am 13.5.2023 in Amberg

Bereits zum fünften Mal wurde der Thurnauer Klaus Förster, Ehrenvorsitzender der Freien Wähler Oberfranken, in den Länderrat der Bundesvereinigung der Freien Wähler gewählt. Neben dem Bundesvorstand ist die Vertretung der Länder eines der höchsten Entscheidungsgremien der FW auf Bundesebene. Gemeinsam mit dem früheren Landtagsvizepräsidenten Peter Meyer aus

Hummeltal erhielt Klaus Förster auch für die verantwortungsvolle Aufgabe des Landesschiedsgerichtes das Vertrauen. Beide arbeiten seit vielen Jahren als Vorstände des Bildungswerkes für Kommunalpolitik Bayern e.V. sehr erfolgreich zusammen. Vorsitzender des Schiedsgerichts ist der Münchner Jurist Dr. Jörg Breyer.

BKB

LIEBE FREIE WÄHLERINNEN UND FREIE WÄHLER,

der Endspurt zur bevorstehenden Landtagswahl und Bezirkstagswahl in Bayern am 8. Oktober hat begonnen und nimmt schnell und stetig Fahrt auf.

Wir FREIE WÄHLER sind bester Dinge und sehr gut vorbereitet auf die kommenden Monate bis zur Wahl. Alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirkstage und den Bayerischen Landtag sind hoch motiviert und stehen bereits in den Startblöcken, um gute Wahlergebnisse einzufahren und Mandate zu erringen.

An dieser Stelle schon heute vielen herzlichen Dank an alle FREIEN WÄHLER, die mit Herzblut und großem Einsatz für unseren Erfolg bei den kommenden Wahlen mitarbeiten.

Seit auf Bundesebene eine Ampelkoalition regiert, ist es noch wichtiger, dass in Bayern die bürgerliche Koalition der Mitte und der Vernunft mit uns FREIEN WÄHLERN weiter regieren wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass Bayern auch in Zukunft ein Land sein wird, in dem es sich in Wohlstand und Sicherheit gut leben lässt. Das Berliner Ampelexperiment zeigt ständig, dass Parteiideologien für eine Regierungsarbeit zum Wohle der Menschen unseres Landes völlig untauglich sind.

Als bestes Beispiel dafür muss man leider das unsägliche „Gebäudeenergiegesetz“ nennen, das nur auf Grund demokratischen Interventions und nicht wegen der Einsichtsfähigkeit der Ampelregierung überarbeitet wird. Hier wird sehr deutlich, wie wichtig die Grundrechte Demonstrationsfreiheit und Meinungsfreiheit, gerade in Zeiten einer ideologisch geprägten Bundesregierung, sind.

Wir FREIE WÄHLER werden auch in Zukunft absolut ideologiefrei bleiben und weiter eine vernünftige und pragmatische Politik für die Menschen in unserem Land betreiben.

Wir FREIE WÄHLER wollen zusammenführen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vernünftige Lösungen für die Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit erarbeiten und dann auch umsetzen. Das ist unsere Politik. Uns sind die Menschen am wichtigsten.

Damit wir unsere erfolgreiche Politik weiterführen können, ist jeder einzelne FREIE WÄHLER wichtig. Gemeinsam sind wir stark und werden auf allen politischen Ebenen weiterhin große Erfolge erzielen.

Hier danke ich allen FREIEN WÄHLERINNEN und FREIEN WÄHLERN, allen FREIE WÄHLER Mandatsträgern, unseren Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung, den Mitglie-

dern der Fraktion im Bayerischen Landtag, allen Landräten und Landrätinnen, Bürgermeistern, Bezirksräten, Kreisräten, Stadträten und Gemeinderäten sowie allen Orts-, Kreis-, und Bezirksvorsitzenden und den Verantwortlichen des BKB mit Klaus Förster für ihren hervorragenden bereits geleisteten und in diesem Jahr noch bevorstehenden Einsatz für die FREIEN WÄHLER ganz herzlich.

Es stehen noch viele Aufgaben an, die wir in den kommenden Jahren anpacken und lösen werden müssen. Die Energieversorgung für die privaten Haushalte und die Wirtschaft zu bezahlbaren und wettbewerbsfähigen Preisen muss gesichert werden. Der Standort Bayern muss für die Ansiedlung von Unternehmen attraktiv erhalten werden. Dies trägt dazu, bei den Wohlstand der Menschen zu gewährleisten.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss mit Vernunft und Augenmaß weiter vorangetrieben werden. In den Bereichen Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik haben wir in der Bayernkoalition bereits viel erreicht. Den Ausbau der Windkraft durch Windanlagenstandorte in geeigneten Waldstücken, den Ausbau der Photovoltaik sowie die Stärkung von Wasserkraft, den Erhalt von Biogas und Holzverwertung zur Energieerzeugung haben wir erfolgreich durchgesetzt.

Die großen Herausforderungen für den Bildungsstandort Bayern werden durch uns FREIE WÄHLER mit Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazzolo und Staatssekretärin Anna Stolz mit Kompetenz und Besonnenheit angegangen. Unser Umweltminister Thorsten Glauber erfüllt seine Aufgaben, die nicht immer leicht sind in diesen Zeiten, mit großem Erfolg. Bei den zahlreichen Aufgaben, die ich als bayerischer Wirtschaftsminister erfüllen und bewältigen muss, leistet unser Staatssekretär Roland Weigert hervorragende Arbeit. In Zusammenarbeit mit der FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion, mit Florian Streibl an der Spitze, haben wir in den vergangenen fünf Jahren sehr erfolgreich gearbeitet und viel für Bayern erreicht.

Unsere erfolgreiche Politik – ich nenne da die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums, die Abschaffung der Studiengebühren sowie die Einführung des Meisterbonus, eine angemessenere Bezahlung für Lehrerinnen und Lehrer und einiges mehr – müssen wir auch in Zukunft als Mitglied der Regierung in der Bayernkoalition weiterführen. Das ist unser Ziel. Dafür werden wir mit aller Kraft arbeiten. Wir FREIE WÄHLER sind aufgerufen, Bayern vor einer Grünen Regierungsbeteiligung zu bewahren. Das muss



und wird uns zum Wohle der Menschen in unserem Lande gelingen.

Es ist unser erklärtes Ziel, dass wir FREIE WÄHLER auch nach der **Landtagswahl am 08. Oktober 2023** weiterhin in der Regierungsverantwortung in Bayern sein werden und dort unsere erfolgreiche und solide Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unserer Heimat, wie bereits in den vergangenen Jahren, fortsetzen.

Wir sind die bürgerliche Kraft der wirklichen Mitte. Dies müssen wir stets und vor allem auch nach außen vertreten und leben. Wir FREIE WÄHLER sind für Freiheit und ein vernünftiges „Leben und leben lassen“ in Bayern.

Eure Arbeit, Eure Begeisterung und Euer Engagement sind das Fundament des Erfolgs der FREIEN WÄHLER!

Dafür danke ich Euch schon jetzt ganz herzlich!

Mit den besten Wünschen, viel Gesundheit, Glück und Erfolg

Euer

Hubert Aiwanger

*MdL
Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie
Stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident
FW Landes- und Bundesvorsitzender*

Seminarübersicht des Bildungswerkes im 2. Halbjahr 2023



September

Fr. 08.09.2023	Neue Ideen für die Kommunen und wie man sie umsetzt	Unglaub	Niederbayern
Fr. 15.09.2023	Wasserstoff – der Energieträger der Zukunft	Herold	Niederbayern
Fr. 15.09.2023	Social Media und das Web 2.0 – Chancen und rechtliche Risiken beim Einsatz in der Praxis	Koch	Oberfranken (Zapfendorf)
Fr. 22.09.2023	Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden	Bächer	Mittelfranken (Hilpoltstein)
Sa. 23.09.2023	Regionaler, gesellschaftlicher Mehrwert durch organisierte Nachbarschaftshilfe	Unglaub	Unterfranken (Oerlenbach)
Fr. 22.09.2023	Vergaberecht in der Gemeindeverwaltung – unnütze Regulierung oder notwendiges Übel?	Metz	Oberfranken (Marktleugast)
Fr. 29.09.2023	Heizen – Abgaben, Verbote, Fördermittel – gibt es überhaupt die „richtige“ Heizungsanlage?	Bächer	Schwaben (Dillingen)
Fr. 29.09.2023	Lebensqualität im Alter – eine kommunale Herausforderung	Abbé	Oberpfalz (Oberviechtach)

Oktober

Fr. 06.10.2022	Sonnenenergie – kostenlos aber nicht umsonst. Photovoltaik- und Solarthermieanlagen wirtschaftlich realisieren	Bächer	Niederbayern
Fr. 06.10.2023	Wasserstoff – der Energieträger der Zukunft	Herold	Mittelfranken (Wilhermsdorf)
Sa. 07.10.2023	Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden	Bächer	Oberbayern (Region Ingolstadt)
Mi. 11.10.2023	Wasserstoff – der Energieträger der Zukunft	Herold	Oberpfalz (Neustadt WN)
Fr. 13.10.2023	Sonnenenergie – kostenlos aber nicht umsonst. Photovoltaik- und Solarthermieanlagen wirtschaftlich realisieren.	Bächer	Oberfranken (Plech)
Fr. 13.10.2023	Wasserstoff – der Energieträger der Zukunft	Herold	Unterfranken (Alzenau)
Sa. 14.10.2023	Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden	Bächer	Oberfranken (Kulmbach)
Fr. 20.10.2023	Wasserstoff – der Energieträger der Zukunft	Herold	Schwaben (Gundelfingen)
Fr. 20.10.2023	Lebensqualität im Alter – eine kommunale Herausforderung	Abbé	Unterfranken (Oerlenbach)
Fr. 20.10.2023	Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden	Bächer	Niederbayern
Sa 21.10.2023	Kommunikationstraining – souveränes und wirkungsvolles Auftreten	Zeise	Niederbayern
Sa. 21.10.2023	Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden	Bächer	Oberbayern (Region Ingolstadt)
Fr. 27.10.2023.	Neuerungen im Baurecht – BauGB und Bauleitplanung	Wagner	Niederbayern
Fr. 27.10.2023	Lebensqualität im Alter – eine kommunale Herausforderung	Abbé	Oberbayern (Baar-Ebenhausen)
Fr. 27.10.2023	Sonnenenergie – kostenlos aber nicht umsonst. Photovoltaik- und Solarthermieanlagen wirtschaftlich realisieren.	Bächer	Oberpfalz (Oberviechach)
Sa. 28.10.2023	Sonnenenergie – kostenlos aber nicht umsonst. Photovoltaik und Solarthermieanlagen wirtschaftlich realisieren.	Bächer	Unterfranken (Veitshöchheim)

November

Fr. 03.11.2023	Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden	Bächer	Oberfranken (Forchheim)
Fr. 03.11.2023	Städtebauliche Erneuerung in Städten, Märkten und Gemeinden	Grill	Oberbayern (Baar-Ebenhausen)

Aktuelle Termine und Informationen unter www.bkb-bayern.de, Änderungen vorbehalten.



Fr. 03.11.2023	Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde	Ziegler	Niederbayern
Fr. 10.11.2023	Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden	Bächer	Niederbayern
Fr. 10.11.2023	Lebensqualität im Alter – eine kommunale Herausforderung	Abbé	Oberpfalz (Tännesberg)
Fr. 17.11.2023	Wasserstoff – der Energieträger der Zukunft	Herold	Oberbayern (Region Ingolstadt)
Fr. 17.11.2023	Information zu Wärmepumpen und sind Wärmepumpen in der Sanierung möglich?	Miksch	Oberfranken (Bad Rodach)
Sa. 18.11.2023	Kommunikationstraining – souveränes und wirkungsvolles Auftreten	Zeise	Oberbayern (Geretsried)
Sa. 18.11.2023	Information zu Wärmepumpen und sind Wärmepumpen in der Sanierung möglich?	Miksch	Unterfranken (Estenfeld)
Fr. 24.11.2023	Lebensqualität im Alter – eine kommunale Herausforderung	Abbé	Niederbayern
Fr. 24.11.2023	Geschäftsgang des Gemeinderats – Neuerungen im Kommunalrecht.	Neubauer	Oberfranken (Marktleugast)
Fr. 24.11.2023	Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden	Bächer	Unterfranken (Bad Neustadt)
Sa. 25.11.2023	Heizen – Abgaben, Verbote, Fördermittel – gibt es überhaupt die „richtige“ Heizungsanlage?	Bächer	Unterfranken (Alzenau)

Dezember

Sa. 02.12.2023	Klimaneutrale Gebäude 2050 – unsere Chancen und Pflichten heute	Bächer	Unterfranken
Sa. 02.12.2023	Kommunikationstraining spezial – Rhetorik und Kommunikationsstrategie bei Wahlen	Zeise	Oberpfalz (Tännesberg)
Fr. 08.12.2023	Information zu Wärmepumpen und sind Wärmepumpen in der Sanierung möglich	Miksch	Mittelfranken (Roßtal)
Sa. 09.12.2023	Information zu Wärmepumpen und sind Wärmepumpen in der Sanierung möglich	Miksch	Oberbayern (Baar-Ebenhausen)

Aktuelle Termine und Informationen unter www.bkb-bayern.de, Änderungen vorbehalten.

AKTUELL+++AKTUELL+++AKTUELL+++AKTUELL+++AKTUELL+++AKTUELL+++AKTUELL+++AKTUELL

Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden

Die Energiewende – und besonders die Wärmewende – stellt nicht nur die privaten und gewerblichen Eigentümer von Gebäuden vor große Herausforderungen. Auch die Städte und Gemeinden mit eigenen Liegenschaften, der Vorreiterrolle im Klimaschutz und der gesellschaftlichen Verantwortung für die nachhaltige Planung der städtebaulichen Entwicklung, haben Chancen und Pflichten auf dem Weg zum klimaneutralen Gebäudebestand.

Wärmenetze sind häufig der Kern einer Wärmeplanung, aber auch dezentrale Versorgungslösungen können das Ergebnis einer strukturierten Analyse sein. Wichtig ist

die Erarbeitung eines auch unter sozialen und wirtschaftlichen Aspekten nachhaltigen Zielbildes.

Zentrale Elemente der Wärmeplanung sind die Bestands- und Potenzialanalyse, die Entwicklung von Szenarien für die kommenden Jahrzehnte und daraus die Ableitung von Maßnahmen und Handlungsstrategien.

Im Seminar werden die Grundlagen und die Vorgehensweise einer kommunalen Wärmeplanung erklärt und auf gesetzliche Verpflichtungen sowie mögliche Förderprogramme hingewiesen.



Alexander Bächer

Alexander Bächer ist Dipl. Ing. (FH) der Physikalischen Technik, freiberuflicher Energieberater und für die Förderprogramme von KfW, BAfA etc. als Sachverständiger zugelassen.

Der „digitale Euro“

Bereits seit mehreren Jahren diskutieren die europäischen Institutionen die Einführung eines digitalen Euros (auch Central Bank Digital Currency – CBDC – genannt). Heute hat die Kommission ihren entsprechenden Legislativvorschlag vorgestellt. Für eine sinnvolle Diskussion müssen wir zwischen Zentralbankgeld und Giralgeld unterscheiden

Unterschied zwischen Zentralbankgeld und Giralgeld

In den Eurostaaten ist der Euro das gesetzliche Zahlungsmittel. Zentralbankgeld ist die Bezeichnung für das bei der EZB geschaffene Geld. Bargeld ist derzeit die einzige Art von Zentralbankgeld, die der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Zentralbankgeld ist Geld, das von Zentralbanken des Eurosystems herausgegeben und als Verbindlichkeiten in ihrer jeweiligen Zentralbankbilanz ausgewiesen wird. Auch die Einlagen, die Geschäftsbanken auf den Konten bei der Zentralbank haben, sind Zentralbankgeld. Zentralbankgeld dient als Anker für das Geldsystem.

Neben dem Zentralbankgeld existiert das sogenannte Buch- oder Giralgeld. Diese Geldform wird von den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen auf den Konten bei ihren Kreditinstituten gehalten. Zum Beispiel sind umgangssprachlich gesprochen Bankguthaben „nur“ eine Art Kredit an die Bank – also KEIN Zentralbankgeld. Bei Zahlungen mit einer Debit- oder Kreditkarte handelt es sich also ebenfalls nur um Giralgeld – es werden Schulden von Banken beim Kontobesitzer „verschoben“.

Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel

Die Zentralbanken des Eurosystems machen deutlich, dass Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel bestehen bleiben wird. Dennoch ist zu beobachten, dass die Bargeldnutzung im Euroraum sinkt, denn elektronische Zahlungsmittel werden immer beliebter. Dieser Änderung des Zahlungsverhaltens möchten die Zentralbanken dadurch begegnen, dass sie dem Bargeld ergänzend eine digitale Form des Zentralbankgelds zur Verfügung stellen. Dies soll die Rolle des Zentralbankgelds als Anker im Geldsystem stärken. Zusätzlich zum Bargeld soll der digitale Euro, z.B. mittels einer Karte oder einer App auf dem Smartphone, zum Bezahlen verwendet werden. Dabei handelt es sich im Gegensatz zum Zentralbankgeld um Geld, das von der EZB garantiert und abgesichert wird. Bei einer entsprechenden Ausgestaltung des Zentralbankgelds wäre also sogar eine elektronische Übergabe von Zentralbankgeld möglich; ohne dass dafür eine Internetverbindung gebraucht wird.

Vorteile einer Einführung

Ein digitaler Euro würde die geldpolitische Souveränität des Euroraums stärken und den Wettbewerb sowie die Effizienz im europäischen Zahlungsverkehr fördern. Der digitale Euro würde das Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel ergänzen, nicht ersetzen. Somit bleibt das Bargeld weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel.

Der digitale Euro könnte die Digitalisierung fördern und den Anforderungen und Zahlungspräferenzen der Öffentlichkeit nachkommen. Er kann die Widerstandsfähigkeit der Währung gegenüber unregulierten technologischen Entwicklungen, z.B. Krypto-Werten, im Banken- und Finanzsektor verbessern. Die Einführung könnte zu einem Effizienzgewinn und weiteren Innovationen im Zahlungsverkehr führen.

Einführung des digitalen Euros

Die EZB hat angekündigt, die gegenwärtige Untersuchungsphase im Herbst 2023 zu beenden. Sie hat im Rahmen der gegenwärtigen Untersuchungsphase zwei Fortschrittsberichte veröffentlicht. Aktuelle Annahme ist die Ausgabe eines digitalen Euros über die Zentralbanken im Eurosystem. Der digitale Euro würde über Banken und Zahlungsdienstleister an die Bevölkerung verteilt werden. Banken und Zahlungsdienstleister würden hier, wie auch im elektronischen Zahlungsverkehr, als Intermediär handeln. Ein Umtausch in andere Geldformen, wie z.B. Bargeld, soll jederzeit möglich sein. Über die technischen Grundlagen hat das Eurosystem sich noch nicht beraten. Der Fokus der momentanen Untersuchungen liegt auf Anwendungsfällen im Verbraucherbereich. Ein Beispiel hierfür sind Zahlungen im Ladengeschäft oder im Online-Handel. Nach Beendigung der Untersuchungsphase soll der Eintritt in eine Implementierungsphase folgen. Diese würde voraussichtlich drei Jahre dauern.

Die Entscheidung über die Einführung eines digitalen Euros wird auf Grundlage des Kommissionsvorschlags durch das Europäische Parlament und den Europäischen Rat getroffen – daher müssen auch die FREIE WÄHLER sich zu diesem Thema positionieren.



Engin Eroglu

Positionierung FREIE WÄHLER

Falls der digitale Euro unsere Anforderungen nicht erfüllt, werden wir als FREIE WÄHLER ihn ablehnen. Diese Kriterien sind unter anderem:

- Sollte der digitale Euro in irgendeiner Form ein Angriff auf das Bargeld sein, werden wir ihn nicht mittragen.
- Sollte der Schutz der Privatsphäre und der Daten nicht gewährleistet werden, dann werden wir den digitalen Euro ebenfalls ablehnen. Dazu gehört auch, dass der digitale Euro nicht programmierbar sein darf.

In der ersten Analyse des Vorschlags scheinen sich diese Befürchtungen aber nicht zu bestätigen. Allerdings ist es im Moment noch zu früh, um hierüber die Entscheidung zu treffen.

Engin Eroglu, MdEP,
u.a. Mitglied im Ausschuss für
Wirtschaft und Währung

Weitere Online-Quellen erhalten sie
über die BKB-Redaktion:
geschäftsstelle@bkb-bayern.de

BKB – in eigener Sache:

Peter Meyer 60

Peter Meyer, früherer Landtagsvizepräsident und nun Leiter der Bezirksverwaltung Oberfranken wurde 60. Neben vielen Weggefährten schlossen sich auch Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Vizepräsident Alexander Hold

und Bezirksstagspräsident Henry Schramm den Gratulanten an. Auch das BKB wünscht seinem Stellvertretenden Vorsitzenden alles Gute – vor allem Gesundheit.



v.l.n.r.: Landtags-Vizepräsident Alexander Hold, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Peter und Claudia Meyer, Bezirksstagspräsident Ofr. Henry Schramm. Foto: Matthias Balk/Bayerischer Landtag

BKB ist Mitglied im Institut der Europäischen Demokraten (IED)

Nürnberg/Uehlfeld. Das IED, das Institut der Europäischen Demokraten, hat sich in Nürnberg zur Generalversammlung getroffen. Geleitet wurde die Versammlung von der IED-Vizepräsidentin Gabi Schmidt, stellvertretende Bundesvorsitzende der FREIEN WÄHLER, bayerische Landtagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, sowie CEO Mikel Burzako.

Das IED ist eine gemeinnützige Vereinigung mit Sitz in Brüssel, die 2007 als Forschungsinstitut gegründet wurde. Das IED organisiert als politischer Think Tank unter anderem Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen, bei denen sich Politiker und Experten aus ganz Europa austauschen. „In Nürnberg haben wir unter anderem über unser Seminarprogramm der kommenden Monate abgestimmt“, berichtet Gabi Schmidt. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des IED seien Veranstaltungen für Jugendliche. „Wir wollen damit für mehr Verständnis für die Sichtweisen, die es in anderen Ländern gibt, wecken und den gegenseitigen Austausch fördern“, erklärt Schmidt.

Angeschlossen ist das IED der Europäischen Demokratischen Partei, der EDP, in der Schmidt ebenfalls seit neun Jahren mitarbeitet. Die EDP ist ein Zusammenschluss europäischer Parteien und setzt sich für eine Vertiefung der europäischen Integration ein. „Die FREIEN WÄHLER beschreiten den europäischen Weg und nehmen damit zusätzlich zu den Europaabgeordneten Einfluss auf die europäische Politik“, sagt Schmidt.

Seit November 2022 ist auch das Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V. Mitglied des IED. Damals wurde der Beitritt auf der Gene-



Bilbao November 2022: v.l. Mikel Burzako, IED-Direktor, Francesco Rutelli, IED-Präsident, Helmut Kinkel, BW Hessen, Klaus Förster, BW Bayern, Gabi Schmidt, MdL, IED-Vizepräsidentin, Alexandra Leuliette, IED-Direktorin

ralversammlung in Bilbao beantragt und nach einer engagierten Rede des Bildungswerk-Vorsitzenden Klaus Förster auch bewilligt. Das IED unterstützt das Bildungswerk nun bei ausgewählten Veranstaltungen und Seminaren nach rechtzeitiger Beantragung finanziell.

Gabi Schmidt, die IED-Vizepräsidentin und stellvertretende Vorsitzende der Freie Wähler-Landtagsfraktion in Bayern, ist eine über-

zeugte Europäerin: „Die Vernetzung der FREIEN Wähler mit gleichgesinnten Politikerinnen und Politikern aus ganz Europa, aber natürlich auch mit den EU-Abgeordneten der FREIEN WÄHLER ist mir sehr wichtig. Auf diese Weise können wir Einfluss auf die EU-Gesetzgebung nehmen und ebenfalls in Brüssel und Straßburg für unsere Überzeugungen eintreten.“

Gabi Schmidt, MdL

GEMA-Ehrenamtszuschale sichert kulturelle Vielfalt und Identität Bayerns nachhaltig

Riesenerfolg für die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion: **Seit April können gemeinnützige Vereine in Bayern ihre Veranstaltungen auf dem Portal der GEMA anmelden. Die Kosten übernimmt der Freistaat und stellt dafür jährlich 2,5 Millionen Euro bereit. Damit sollen pro Jahr bis zu 120.000 Veranstaltungen unterstützt werden.** Ein entsprechender Vertrag wurde auf zunächst vier Jahre geschlossen.

Dazu erklärt die Ehrenamtsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Eva Gottstein MdL aus Eichstätt, die das Projekt maßgeblich angeschoben und in zahlreichen Verhandlungsrunden zum erfolgreichen Abschluss gebracht hatte: „Das Verhandlungsergebnis entspricht genau jenem Entbürokratisierungsschub, den wir Anfang Januar bei einem Ehrenamtsempfang anlässlich unserer Frakti-

onsklausur in Chieming gegenüber Hunderten bürgerschaftlich engagierten Menschen versprochen haben. Das ist uns die weitere Stärkung des bayerischen Ehrenamts wert“, so Gottstein, die auch ehrenamtspolitische Sprecherin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist. Denn Anmeldung und Abrechnung von Musikveranstaltungen mit der GEMA sei eines der Themen, die von ehrenamtlich tätigen Menschen am häufigsten als aufwendig und belastend geschildert werden.

Nach langer Verhandlungszeit sei die Freude groß, eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden zu haben. „Mit der GEMA-Ehrenamtsflatsche stellen wir sicher, dass musikalische Begleitung auf Vereinsfesten und ähnlichen Veranstaltungen nicht zu einem finanziell ‚schwarzen Loch‘ werden – und sichern somit das Überleben gerade klei-



Eva Gottstein, MdL

ner Vereine. Zugleich werden Urheberrechte ausreichend geschützt und Interpreten entsprechend entlohnt. **Die Ehrenamtsflatsche ist somit ein zentraler Baustein, um die kulturelle Vielfalt und Identität Bayerns, die entscheidend vom ehrenamtlichen Engagement getragen ist, nachhaltig zu bewahren**“, betont Gottstein abschließend.

Junge Menschen und Drogen – die Antworten auf die Frage nach dem „Warum?“ und wie Mandatsträger die Antworten darauf nutzen können.

In regelmäßigen Abständen tauchen über die verschiedensten Medienwege erschreckende Schlagzeilen im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln, wie zuletzt die Nachricht über den Tod von jungen Menschen nach der Einnahme von Ecstasy, auf.

Diese Nachrichten lösen Betroffenheit aus und viele Menschen fragen sich verständlicherweise, was gerade junge Konsumenten von Drogen dazu verleitet, sich einem Gift freiwillig auszuliefern und es sogar in Kauf nehmen dafür alles zu opfern.

Grundsätzlich gibt es eine Vielzahl von individueller Beweggründe, warum Menschen sich einem Missbrauch hingeben. Häufig im Fokus steht dabei eine Form von Gefühlsbewältigung, wie z.B. das Füllen einer Leere, fehlende Anerkennung, Demonstration von vermeindlicher „Stärke“ oder der Wunsch nach einem besseren oder glücklicheren Leben. Da scheint ein falsches Versprechen, welches der Konsum von Betäubungsmitteln letztendlich ist, gerade richtig zu kommen. Im ersten Augenblick funktionieren Drogen, biochemisch betrachtet, natürlich. Lang-

fristig dagegen wird es im schlimmsten Fall tödlich enden oder mindestens mit der Schädigung eines unserer wichtigsten Organe, dem Gehirn.

Umso wichtiger ist daher, dass eine gesunde Gesellschaft sich auch der Frage nach dem „Warum?“ annimmt.

Hier gibt es zwischenzeitlich gute Erkenntnisse aus der Forschung. So hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen durch verschiedenste Untersuchungen bereits mehrere Ursachen- und Risikofaktoren, welche einen kritischen Drogenkonsum bei jungen Menschen begünstigen, festgehalten. Erforscht wurden der **soziodemographische Faktor** (also wo komme ich her und was ist in diesem Lebensraum „normal“/ wird hier angeboten?), der **familiäre Faktor** (welche Formen einer gesunden Lebensführung werden mir vorgelebt?), **Persönlichkeitsmerkmale** (bin ich z.B. sehr stark extrovertiert), **Freizeitaktivitäten** (habe ich sinnvolle und hochwertige Freizeitbeschäftigung oder mangelt es an Möglichkeiten und es entsteht eine Inhaltsleere?) und ein **problembehafteter Freundeskreis**.



Jochen Bergmann

Politisch Verantwortliche können diese Erkenntnisse im Rahmen ihrer Mandatsausübung adäquat nutzen und dazu beitragen, der Gesellschaft eine gesunde Zukunft zu geben. Gerade im Bereich des soziodemographischen Faktors und bei den Bedingungen der Freizeitaktivitäten sind verschiedenste Möglichkeiten denkbar. Hier bedarf es jedoch in regelmäßigen Abständen einer ehrlichen Analyse des eigenen Bestands, der Benennung von Problemfeldern und der Bereitschaft, Veränderungen anzustoßen und umzusetzen.

*Jochen Bergmann
Kriminalbeamter*